

LANDKREIS REUTLINGEN

N i e d e r s c h r i f t

- öffentlich -

Verwaltungsausschuss
am 04.12.2024

Sitzungsbeginn: 15:00 Uhr

Sitzungsende: 16:16 Uhr

Sitzungsort: Landratsamt Reutlingen, Mittlerer Sitzungssaal, Bismarckstraße 47

Vorsitz:

Landrat Dr. Ulrich Fiedler

Schriftführung:

Rainer Mayer

Anwesende Mitglieder:

FWV-Kreistagsfraktion

Simon Baier

Vertretung für Herrn Eric Sindek

Christof Dold

Carmen Haberstroh

Ulrike Holzbrecher

Georg Leitenberger

Stefan Wörner

CDU-Kreistagsfraktion

Katharina Böbel

Vertretung für Frau Gabriele Gaiser

Frank Glaunsinger

Manuel Hailfinger

Alexandra Hepp

Erich Herrmann

Vertretung für Herrn Mario Storz

Kreistagsfraktion DIE GRÜNEN

Susanne Häcker

Dr. med. Dietmar Randecker

Lisa-Maria Weigert

SPD-Kreistagsfraktion

Martin Bayer

Mike Münzing

Rebecca Hummel

Vertretung für Herrn Thomas Keck

AfD-Kreistagsfraktion

Frank Kießling

Vertretung für Herrn Hansjörg Schrade

FDP-Kreistagsfraktion

Hagen Kluck

LANDKREIS REUTLINGEN
- Niederschrift -
Sitzung Verwaltungsausschuss
am 04.12.2024

AfD-Kreistagsfraktion

Mike Mattburger

Kreistagsfraktion DIE LINKE

Rüdiger Weckmann

Sachkundige/Sachverständige:

Dominik Nusser, Geschäftsführer Kreiskliniken
Reutlingen gGmbH bei TOP 7
Claudia Seegert, Kreiskliniken Reutlingen gGmbH bei TOP 7

Sonstige Sitzungsteilnehmer:

Greta Schirmer-Förster, Nachhaltigkeits-
dezernentin
Marius Pawlak, Verwaltungsdezernent
Philipp Hirrle, Ordnungsdezernent
Elke Weiss, Leiterin Amt für Kommunalaufsicht
und Rechnungsprüfung
Wolfgang Klett, Kreiskämmerer
Daniel Stückle, Kreisschul- und Kulturamtsleiter
Gabriele Queisser, Leiterin Kreisamt für nach-
haltige Entwicklung bis TOP 2
Christina Bauer, Projektkoordinatorin Neubau
Landratsamt bis TOP 9
Dr. Felicia Sparacio, persönliche Referentin
Landrat
Katja Walter-Frasch, Pressesprecherin
Jaclyn Wilke, Beteiligungsmanagerin ab TOP 3 teilw.; bis TOP 13
Sibylle Schlenker, Kreiskämmerei ab TOP 8
Julia Bader, Azubine bis TOP 7 teilw.
Frau Herrmann, Verwaltungspraktikantin bis TOP 13

Abwesende Mitglieder:

FWV-Kreistagsfraktion

Eric Sindek entschuldigt

CDU-Kreistagsfraktion

Gabriele Gaiser entschuldigt
Mario Storz entschuldigt

SPD-Kreistagsfraktion

Thomas Keck entschuldigt

AfD-Kreistagsfraktion

Hansjörg Schrade entschuldigt

LANDKREIS REUTLINGEN
- Niederschrift -
Sitzung Verwaltungsausschuss
am 04.12.2024

Anmerkung:

Oben genannte TOP's, die in nachstehender Tagesordnung nicht enthalten sind, betreffen den anschließenden nichtöffentlichen Teil der Sitzung.

LANDKREIS REUTLINGEN
- Niederschrift -
Sitzung Verwaltungsausschuss
am 04.12.2024

Tagesordnung

öffentlich

1. Zweiter Finanzzwischenbericht 2024
Mitteilungsvorlage
- KT-Drucksache Nr. XI-0045 -
2. Organisationsuntersuchung beim Kreisamt für nachhaltige Entwicklung
- Vorstellung des Ergebnisses und Aufhebung von Sperrvermerken
- KT-Drucksache Nr. XI-0059 -
3. Bündelung und Veröffentlichung digitaler Bebauungspläne als Dienstleistung des Landratsamtes für die kreisangehörigen Städte und Gemeinden
- Besetzung einer Stelle mit 50 % Stellenumfang
- KT-Drucksache Nr. XI-0057 -
4. Bekanntgabe einer Eilentscheidung betreffend Neubau Landratsamt Reutlingen
- Planungsanpassungen Regalanlagen Archive
Mitteilungsvorlage
- KT-Drucksache Nr. XI-0060 -
5. Mitteilungen/Anfragen

LANDKREIS REUTLINGEN
- Niederschrift -
Sitzung Verwaltungsausschuss
am 04.12.2024

vor Tagesordnungspunkt 1 - öffentlich -

Vorstellung Frau Schirmer-Förster
(Mitteilung)

Der Vorsitzende eröffnet den öffentlichen Teil der Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Frau Schirmer-Förster sei seit 01.12.2024 neue Nachhaltigkeitsdezernatin, also Nachfolgerin von Herrn Stede.

Frau Schirmer-Förster stellt sich vor. Sie freue sich auf die Arbeit im Landratsamt. Am 01.03.2025 erwarte sie ihr zweites Kind und werde dann von Mitte Januar bis voraussichtlich Oktober 2025 pausieren.

Auszüge:

Hauptamt
Verwaltungsdezernat

LANDKREIS REUTLINGEN
- Niederschrift -
Sitzung Verwaltungsausschuss
am 04.12.2024

Tagesordnungspunkt 1 - öffentlich -

Zweiter Finanzzwischenbericht 2024
Mitteilungsvorlage

Der Vorsitzende ruft beiliegende KT-Drucksache Nr. XI-0045, die den Mitgliedern des Gremiums rechtzeitig zugegangen war.

Herr Klett trägt mithilfe beiliegender Präsentation den Sachverhalt vor. Der Betreff in der KT-Drucksache sei gegenüber früher erheblich gekürzt worden. Die KT-Drucksache sei am 06.11. vorab per E-Mail an die Mitglieder des Kreistages versendet worden. Man gehe im Jahr 2024 von einem Fehlbetrag in Höhe von 5,9 Millionen EUR aus. Der Landkreis Reutlingen sei strukturschwach. Zum Haushaltsvollzug 2025 sei zu bemerken, der Doppelhaushalt 2024/2025 sei genehmigt worden, die Verwaltung habe aber zunächst nur 80 % der Mittel freigegeben. Ob ein Nachtragshaushalt notwendig werden könne er zum heutigen Zeitpunkt nicht sagen. Auf Basis des dritten Finanzzwischenberichtes im März 2025 werde das Haushaltsjahr 2024 abgeschlossen. Wenn ein Nachtragshaushalt absehbar sei, solle die Mai-Steuerschätzung 2025 auf jeden Fall abgewartet werden, dann könnte der Kreistag in seiner Sitzung im Juli die Nachtragshaushaltssatzung erlassen.

Der Vorsitzende bemerkt, die Situation stimme die Landkreisverwaltung nicht zuversichtlich. Man plane mit einer um 0,5 %-Punkte höheren Kreisumlage für 2025. Das Jahr 2025 sei offen, heute solle nicht über einen möglichen Nachtragshaushalt diskutiert werden. Natürlich bestehe keine Planungssicherheit für die Städte und Gemeinden.

Kreisrat Weckmann verweist auf die Freigabe von 80 % der Mittel für das Jahr 2025 und wolle wissen, ob die Investitionen reduziert würden.

Herr Klett erläutert, dies bedeute, am 01.01. würden nur 80 % der Mittel freigegeben. Man könne dies mit Aufträgen nach außen steuern.

Der Vorsitzende ergänzt, letztendlich bedeute dies eine vorläufige partielle Haushaltssperre.

Kreisrat Dold verweist auf den Ergebnishaushalt und fragt, ob angesichts der minus 5,0 Millionen EUR (negatives ordentliches Ergebnis) 3,0 Millionen EUR aus der Ergebnissrücklage entnommen würden. Man habe hier im Ausschuss eine Diskussion hinsichtlich des Basiskapitals geführt. Laut KT-Drucksache würden Verwaltungsgebühren in Höhe von 8,0 Millionen EUR eingehen, der Haushaltsansatz betrage 9,2 Millionen EUR und sei somit wohl zu optimistisch geschätzt worden. Was die Personalausgaben anbelange gebe es Mehrausgaben, aber von 38,85 Stellen seien nur 19,3 tatsächlich besetzt. Er wolle wissen, ob diese nicht budgetiert seien.

Herr Klett bemerkt zu den Personalaufwendungen, die Stellen seien nicht zu 100 % finanziert worden, man habe sie deshalb erst ab 01.07. eingeplant. Zusätzliche Stellen, insbesondere im Asylbereich, würden zu Mehraufwendungen führen, dieser Zustand sei hoffentlich nur temporär. Die Frage zu den Verwaltungsgebühren könne er bejahen, man sei positiv herangegangen, um den Kreisumlagehebesatz möglichst niedrig halten zu können. Die Baugenehmigungsgebühren und die Kfz-Zulassungsgebühren würden nicht in der geplanten Höhe erreicht. Was die Rücklage und das Basiskapital anbelange, gebe es zum 31.12.2023

LANDKREIS REUTLINGEN
- Niederschrift -
Sitzung Verwaltungsausschuss
am 04.12.2024

eine freie Rücklage in Höhe von 46,8 Millionen EUR. Es komme aber auf das Geld an, dieses sei deutlich weniger.

Kreisrat Herrmann fragt nach der Entwicklung der Liquidität.

Herr Klett erläutert, negative Betriebsergebnisse seien liquiditätswirksam, man starte aber mit einer positiven Liquidität ins neue Jahr 2025. Man falle unter die Mindestliquidität zurück. Darüber werde man reden müssen, dies habe Auswirkungen auf die Zinsen.

Kreisrat Hailfinger fragt hinsichtlich einer möglichen Nachtragshaushaltssatzung, ob die Verwaltung Einsparpotenziale sehe, er verweise auf den Ostalbkreis.

Der Vorsitzende erläutert, man habe eine geringe Investitionsquote, über Investitionen müsste man theoretisch nachdenken, aber der Neubau des Landratsamts laufe bereits. Was den sogenannten freiwilligen Bereich anbelange seien es teilweise quasi freiwillige Leistungen, insgesamt seien die Einsparmöglichkeiten begrenzt, vor allem beim Personal gebe es eine Grenze des Einsparens, er verweise auf die langen Wartezeiten bei Dienstleistungen der Stadt Stuttgart. Im Landkreis dauere eine Einbürgerung zum Beispiel 12 Monate. Man habe kein Steuerfindungsrecht, insgesamt liege eine schwierige finanzielle Zukunft vor dem Landkreis. Der Kreishaushalt unterscheide sich wesentlich von den Haushalten der Städte und Gemeinden. Er nennt als Beispiel die auseinanderklaffende Schere zwischen Kreisumlage und Sozialleistungen. Von den Kliniken wolle er gar nicht sprechen. Der Ostalbkreis habe den höchsten Kreisumlagehebesatz.

Er verweise auf die Gesetzgeber in Brüssel, Berlin und Stuttgart. In der nächsten Sitzungsrunde gehe es z. B. um die Weiterführung der Regio-Buslinie Laichingen. Diese sei zum Beispiel nur bei einem Halbstundentakt förderfähig. Man solle das 2. Quartal 2025 abwarten.

Kreisrat Dold führt aus, was ihn und seine Fraktion betroffen mache sei die Tatsache, dass Bund und Land den Landkreis im Regen stehen ließen. Er frage, ob man am Ende des Tages eventuell gegen das Land klagen solle. Die Städte und Gemeinden stünden mit dem Rücken zur Wand. Eventuell gebe es eine Musterklage der Landkreise.

Der Vorsitzende teilte mit, es gebe konkrete Überlegungen, unter anderem der Ostalbkreis überlege eine Klage. Es werde auch Klagen gegen die Kreisumlage geben. Man habe nur 2 Optionen, Investitionen sein lassen oder Schulden machen. Im Jahr 2025 gebe es Diskussionen, ein Doppelhaushalt 2024/2025 sei richtig gewesen. Er stellt fest, die Mitglieder des Ausschusses hätten von der Mitteilungsvorlage Kenntnis genommen.

Auszüge:

Kreiskämmerei
Verwaltungsdezernat

LANDKREIS REUTLINGEN
- Niederschrift -
Sitzung Verwaltungsausschuss
am 04.12.2024

Tagesordnungspunkt 2 - öffentlich -

**Organisationsuntersuchung beim Kreisamt für nachhaltige Entwicklung
- Vorstellung des Ergebnisses und Aufhebung von Sperrvermerken**

Der Vorsitzende ruft beiliegende KT-Drucksache Nr. XI-0059 auf, die den Mitgliedern des Gremiums rechtzeitig zugegangen war.

Herr Pawlak trägt den Sachverhalt vor. Der Prozess sei 2018 eingeleitet worden. Man brauche die Zahlen des ÖPNV.

Der Vorsitzende weist darauf hin, nichts davon sei Kür, man sei gesetzlich dazu verpflichtet, bis im Jahr 2040 klimaneutral zu sein. Er geht auf das Beispiel Abfallfraktionen trennen ein.

Kreisrat Herrmann bemerkt, daran könne man das grundsätzliche Problem erkennen, man brauche immer mehr Personal. Eine Zunahme des Personals zu vermeiden sei die einzige Möglichkeit, Geld zu sparen. Man müsse strenge Regeln anlegen. Jeder Wunsch nach Stellen sei berechtigt, aber eine Grenze sei erreicht.

Der Vorsitzende legt dar, es seien Aufgaben, die der Landkreis zu erledigen habe. Was externe Organisationsuntersuchungen anbelange gehe es um Vertrauen. Er kenne auch die andere Seite, er sei schließlich Fraktionsvorsitzender der FWV-Kreistagsfraktion gewesen. Personal werde immer eine Blackbox bleiben. Er versichere, die Landkreisverwaltung schaffe keine unnötigen Stellen. Natürlich sei es schwierig, dies als Mitglied des Kreistags nachzuvollziehen.

Kreisrat Wörner bemerkt, man befinde sich in einem Dilemma. Es könne aber mit einer Personalmehrung nicht immer so weitergehen, man müsse Standards nach unten fahren. Die 4 jetzt vorgeschlagenen Stellen seien nachvollziehbar, man müsse aber beim nächsten Doppelhaushalt genau darauf achten, welche Stellen man schaffe.

Kreisrat Dold fragt nach, ob der Landkreis wirklich gesetzlich verpflichtet sei, bis im Jahr 2040 klimaneutral zu sein.

Der Vorsitzende bejaht dies, siehe die Diskussion im Kreisverband Gemeindetag. Es sei Gesetz, nicht nur eine Absichtserklärung.

Kreisrat Dold weist darauf hin, die 4 Stellen seien nicht alle gebührenfinanziert, nur die im Abfallbereich.

Kreisrat Mattburger spricht sich dafür aus, innerhalb bestimmter Bereiche Prioritäten zu setzen, Kliniken und andere soziale Dinge seien wichtiger.

Der Vorsitzende bejaht dies, aber er habe einen Amtseid abgelegt, man sei an Recht und Gesetz gebunden. Natürlich verstehe er die Sichtweise der Kreisräte.

Der Vorsitzende stellt den Beschlussvorschlag der Verwaltung gemäß KT-Drucksache Nr. XI-0059 zur Abstimmung. Gegen eine Zusammenfassung der Ziffern bestehen keine Bedenken.

LANDKREIS REUTLINGEN
- Niederschrift -
Sitzung Verwaltungsausschuss
am 04.12.2024

Es ergeht einstimmig mit 21 Ja-Stimmen ohne Enthaltung folgender

Beschluss:

1. Das Ergebnis der Organisationsuntersuchung wird zur Kenntnis genommen.
2. Die Sperrvermerke für 4,0 Stellenanteile, die im Stellenplan 2024 für die Umsetzung der Ergebnisse von laufenden Organisationsuntersuchungen geschaffen wurden, werden aufgehoben.

Auszüge:

Hauptamt
Kreisamt für nachhaltige Entwicklung
Verwaltungsdezernat
Nachhaltigkeitsdezernat

LANDKREIS REUTLINGEN
- Niederschrift -
Sitzung Verwaltungsausschuss
am 04.12.2024

Tagesordnungspunkt 3 - öffentlich -

Bündelung und Veröffentlichung digitaler Bebauungspläne als Dienstleistung des Landratsamtes für die kreisangehörigen Städte und Gemeinden
- Besetzung einer Stelle mit 50 % Stellenumfang

Der Vorsitzende ruft beiliegende KT-Drucksache Nr. XI-0057 auf, die den Mitgliedern des Gremiums rechtzeitig zugegangen war.

Herr Pawlak trägt den Sachverhalt vor. Die Gebühren würden nicht kostendeckend sein. Er geht auf das Stichwort Digitalisierung ein.

Kreisrat Baier bedankt sich für die Ausführungen. Die Richtlinien stammten aus dem Jahr 2007, man habe es 2018/2019 für kleinere Gemeinden umgesetzt. Er frage, ob es nicht sinnvoller sei, dass ein externer Dienstleister anstelle des Landkreises die Aufgabe ausübe.

Herr Pawlak bestätigt, es seien sowohl der Landkreis als auch ein externer Dienstleister denkbar. Es gebe 15 Städte und Gemeinden, die Interesse bekundet hätten. Beides habe Vor- und Nachteile.

Herr Hirrlé ergänzt, er gehe von einem dauerhaften Abstimmungsbedarf aus, deshalb sei jemand beim Landratsamt angesiedelt besser.

Der Vorsitzende bemerkt, seines Erachtens sei es in toto am Ende wirtschaftlicher, die Leistung beim Landratsamt anzubieten. Damit werde die Leistung sozialisiert.

Kreisrat Wörner sieht die Städte und Gemeinden in großer Solidargemeinschaft, die Stadt Pfullingen zahle über die Kreisumlage aber doppelt. Ziel sei eine Kostendeckung der Stelle, dann gehe er mit dem Beschlussvorschlag mit. Grundsätzlich sage er Ja.

Der Vorsitzende sagt zu, als Zielsetzung eine Kostendeckung zu erreichen.

Kreisrat Dold wirft ein, ein Verrechnungssatz von 82,00 EUR pro Stunde sei nicht kostendeckend.

Herr Klett legt dar, Frage sei, wie viele Städte und Gemeinden die Leistung tatsächlich in Anspruch nehmen würden. Im 1. Quartal 2025 sei es Ziel, kostendeckend zu sein, langfristig sei es offen.

Kreisrat Dold bemerkt, wenn das Projekt abgeschlossen sei, gehe es um eine Koordination.

Kreisrat Klett fragt nach, ob die Gemeinde Pliezhausen keine Bebauungspläne ändere.

Der Vorsitzende sagt zu, wenn man so weit sei, sich über einen Abbau der Stelle auszutauschen.

Kreisrat Dold weist darauf hin, ca. 6.000 zu bearbeitende Bebauungspläne sei eine hohe Zahl, die Gemeinde Pliezhausen habe nur rund 100 Bebauungspläne.

Der Vorsitzende betont, die Zahl von ca. 6.000 sei belastbar.

LANDKREIS REUTLINGEN
- Niederschrift -
Sitzung Verwaltungsausschuss
am 04.12.2024

Kreisrat Baier wirbt für einen externen Dienstleister, der diese Leistung anbiete. Gleichwohl stimme er dem Beschlussvorschlag zu.

Der Vorsitzende stellt den Beschlussvorschlag der Verwaltung gemäß KT-Drucksache Nr. XI-0057 zur Abstimmung. Gegen eine Zusammenfassung der Ziffern bestehen keine Bedenken.

Es ergeht einstimmig mit 21 Ja-Stimmen ohne Enthaltung folgender

Beschluss:

1. Der Landkreis Reutlingen bietet den Städten und Gemeinden im Landkreis die Qualitätssicherung und Zusammenführung digitaler Bebauungspläne an.
2. Für diese Aufgabe wird aus dem Stellenplan 2025 eine unbefristete Stelle mit einem Beschäftigungsumfang von 50 % in Entgeltgruppe 10 TVöD besetzt. Der Sperrvermerk für die Stelle aus dem Stellenplan 2025 wird hierfür aufgehoben.
3. Je Bündelung und Veröffentlichung eines Bebauungsplans wird eine Gebühr laut der aktuell gültigen Gebührensatzung des Landkreises erhoben.

Auszüge:

Hauptamt
Kreisbauamt
Verwaltungsdezernat
Ordnungsdezernat
Stabstelle Zentrale Verwaltung (Vormerkung VA - Abbau Stelle)

LANDKREIS REUTLINGEN
- Niederschrift -
Sitzung Verwaltungsausschuss
am 04.12.2024

Tagesordnungspunkt 4 - öffentlich -

Bekanntgabe einer Eilentscheidung betreffend Neubau Landratsamt Reutlingen
- Planungsanpassungen Regalanlagen Archive
Mitteilungsvorlage

Der Vorsitzende ruft beiliegende KT-Drucksache Nr. XI-0060 auf, die den Mitgliedern des Gremiums rechtzeitig zugegangen war.

Herr Pawlak trägt den Sachverhalt vor und begründet die Notwendigkeit einer Eilentscheidung. Im nichtöffentlichen Teil der heutigen Sitzung wurde näher auf den aktuellen Stand beim Neubau des Landratsamtes Reutlingen eingegangen.

Der Vorsitzende stellt fest, die Mitglieder des Ausschusses hätten von der Mitteilungsvorlage Kenntnis genommen.

Auszüge:

Stabstelle Zentrale Verwaltung (01/2)
Verwaltungsdezernat

LANDKREIS REUTLINGEN
- Niederschrift -
Sitzung Verwaltungsausschuss
am 04.12.2024

Tagesordnungspunkt 5 - öffentlich -

**Aktuelle Situation der Unterbringung von Geflüchteten und Asylbewerbern
(Mitteilung)**

Herr Hirle erläutert die aktuelle Situation. Insgesamt sei die Entwicklung erfreulich, die Zahlen seien rückläufig. Er geht näher auf die Belegungen in den einzelnen Objekten ein. Das Land habe mittlerweile den Betrieb des Gebäudes in der Carl-Zeiss-Straße in Reutlingen-Betzingen übernommen. Man erhalte als Privileg 15 % angerechnet. Was die Bezahlkarte für Asylbewerber anbelange habe die Verwaltung vor 3 Wochen einen Erlass des Landes erhalten, man habe einen gewissen Spielraum. Ziel bzw. Grundintention sei eine Abstimmung mit dem Ehrenamt, es solle einen sinnvollen Einsatz geben. Ziel im Landkreis sei die Einführung der Bezahlkarte im Februar 2025.

Auszüge:

Amt für Migration und Integration
Ordnungsdezernat

LANDKREIS REUTLINGEN
- Niederschrift -
Sitzung Verwaltungsausschuss
am 04.12.2024

Tagesordnungspunkt 5 - öffentlich -

§ 2b Umsatzsteuergesetz
(Mitteilung)

Herr Klett teilt mit, der Bundestag habe am 22.11. die Frist zur Einführung von § 2b Umsatzsteuergesetz um 2 Jahre bis zum 01.01.2027 verlängert. Ob im Landkreis eine Umsetzung zum 01.01.2026 oder zum 01.01.2027 erfolge werde man sehen. Jedenfalls gebe es keine Umstellung zum 01.01.2025.

Auszüge:
Kreiskämmerei
Verwaltungsdezernat

LANDKREIS REUTLINGEN
- Niederschrift -
Sitzung Verwaltungsausschuss
am 04.12.2024

Tagesordnungspunkt 5 - öffentlich -

**Übergabe einer Petition von ver.di an den Landrat
(Mitteilung)**

Der Vorsitzende teilt mit, Herr Stein von ver.di wolle ihm vor der nächsten Kreistagssitzung am 16.12. eine ver.di-Petition zur Tarifrunde im öffentlichen Dienst für 2025 überreichen.

Auszüge:

Hauptamt
Verwaltungsdezernat

LANDKREIS REUTLINGEN
- Niederschrift -
Sitzung Verwaltungsausschuss
am 04.12.2024

Der Vorsitzende schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.

Zur Beurkundung

Vorsitzender

Mitglieder des Ausschusses

Schriftführer

gez. Fiedler

gez. Bayer
gez. Weigert

gez. Mayer

Landrat

Bekannt gegeben in der Sitzung des Verwaltungsausschusses vom 17.03.2025. Einwendungen wurden nicht erhoben.

gez. Mayer

Schriftführer